



Inhalt:

Erste Eindrücke:

- Erste Monate im Parlament
- Kerstin Westphal.....2

Europa in Bayern

- Ismail Ertug.....4

Aktuelles:

- Terrorismusbekämpfung muss mit Datenschutz vereinbar sein
- Wolfgang Kreissl-Dörfler.6

- Erweiterungsprozess – weitere Reformen sind nötig!

- Wolfgang Kreissl-Dörfler.7

- Wahl der neuen EU-Kommission

- Kerstin Westphal.....9

Service:

- So erreicht ihr unsere Büros.....12

- Wichtige Termine in Bayern.....13

Liebe Leserinnen und Leser,

leider gibt es immer noch viele Vorurteile über die Europäische Union. Damit wollen wir jetzt aufräumen. Europa ist nicht ganz weit weg, sondern wir sind mittendrin, und europäische Entscheidungen betreffen jeden einzelnen von uns.

Wir, die drei bayerischen SPD-Europaabgeordneten, sind davon überzeugt, dass es nur ein starkes und soziales Europa gibt, wenn wir über alle politischen Ebenen hinweg, also von der Kommune über den Bezirk, Landtag und Bundestag bis hin zum Europäischen Parlament für unsere Forderungen kämpfen.

Unsere inhaltlichen Schwerpunkte sind von unseren Ausschüssen geprägt. Wolfgang Kreissl-Dörfler vertritt uns im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten und ist stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres. Ismail Ertug arbeitet im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr und ist stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Kerstin Westphal ist Mitglied im Regionalausschuss und Stellvertreterin im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz.

Auch regional haben wir unsere Arbeit aufgeteilt. So ist Wolfgang Kreissl-Dörfler für Oberbayern und Schwaben zuständig, Ismail Ertug vertritt die Oberpfalz und Niederbayern, und Kerstin Westphal kümmert sich um Ober-, Mittel- und Unterfranken. Wir wollen die Europäische Union stark und vor allem sozial machen. Mit diesem Newsletter laden wir Dich ein, Dich über unsere Arbeit und unsere Entscheidungen im Europäischen Parlament zu informieren.

Gemeinsam werden wir jeweils nach der Plenarwoche in Straßburg diesen Newsletter herausgeben. Bitte sende diesen an Interessierte weiter, melde Dich in unseren Büros, wenn Du Infos oder Hilfe brauchst oder schreib uns, welche Themen Dich besonders interessieren.

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Kerstin Westphal, Wolfgang Kreissl-Dörfler und Ismail Ertug

Meine ersten Monate im Europäischen Parlament



Wer zum ersten Mal nach Brüssel oder Straßburg ins Europäische Parlament kommt, stellt schnell fest: Übersichtlichkeit ist anders. Es geht bunt und turbulent zu. Aus jeder Ecke hört man eine andere Sprache. Kein Wunder bei 27 Mitgliedstaaten, auch wenn natürlich Englisch und Französisch dominieren.

Für bayerische Städte und Kommunen

Am Anfang sind die langen Gänge und die Abkürzungen der Gebäude, wie PHS oder ASP, auch für mich verwirrend gewesen. Gefreut habe ich mich über den Namen eines der neuen Gebäude in Brüssel, das nach Willy Brandt benannt ist. Doch mit der Hilfe auch von älteren Kollegen habe ich mich schnell zurecht gefunden. Das mussten wir „Neuen“ auch. Viele Entscheidungen mussten bereits in den ersten Wochen nach der Europawahl getroffen werden, unter anderem wer in welchem Ausschuss sitzt. Ich freue mich sehr, dass ich die Interessen der Menschen im Regionalausschuss und im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz vertreten kann. Das sind zwar beides Ausschüsse, die nicht unbedingt die größte mediale Aufmerksamkeit haben, aber es sind Ausschüsse, in denen ich ganz konkret für die bayerischen Städte und Kommunen viel erreichen kann.



Freitag bis Sonntag für Wahlkreisarbeit

Die Arbeit des Europäischen Parlaments unterscheidet sich stark von der im Landtag oder Bundestag. Das sieht man auf den ersten Blick in unseren Sitzungskalender. Dieser ist sehr bunt, die verschiedenen Farben stehen für Plenarwochen in Straßburg, für Ausschuss- oder Fraktionswochen. Davon haben wir auch mehr als etwa der Bundes- oder der Landtag. Fast jede Woche sind wir in Brüssel oder Straßburg. Deshalb bleibt uns Europaabgeordneten nur Freitag bis Sonntag für unsere Wahlkreisarbeit.

Mein Team

Ganz allein kann ich diese Arbeit nicht bewältigen. In Brüssel und Straßburg unterstützen mich „meine Jungs“, Clemens zur Hausen und Philipp Krieg. Die beiden bereiten mit mir die Ausschussarbeit vor, kümmern sich um Bürgeranfragen und gehen mit mir gemeinsam zu Terminen bei der Bayerischen Vertretung oder dem DGB. In Franken hilft mir Marietta Eder, die sich dort um Termine und die Pressearbeit kümmert.

In Brüssel hatte ich Glück und hab sehr schnell eine Wohnung in der Nähe des Parlaments gefunden. So kann ich jeden Tag zu Fuß zum Parlament gehen. Das tut bei dem vielen Sitzen sehr gut. Im Wahlkreis kümmere ich mich zurzeit vor allem darum, dass Arbeitsplätze in unserer Region erhalten bleiben. Bei mehreren Gesprächen mit dem Betriebsrat von Mahle in Alzenau etwa, oder bei Treffen mit IHK, HWK und natürlich den Gewerkschaften.

Ich bin davon überzeugt, dass wir ein soziales Europa nur dann schaffen, wenn wir über die verschiedenen politischen Ebenen hinweg gemeinsam kämpfen. Bei den Themen Gute Arbeit, Mindestlohn oder gute Bildung setzt Europa die Rahmenbedingungen. In den Nationalstaaten oder Bundesländern müssen sie dann richtig umgesetzt werden.

"Die armen Kinder"...

Persönlich freut es mich natürlich, dass auch meine Familie meine Arbeit unterstützt. Mit meinen beiden Kindern Dora (12) und Mathis (8) haben wir anfänglich diskutiert, ob wir nach Brüssel umziehen sollen. Beide fühlen sich an ihren Schulen und in Schweinfurt sehr wohl und wollten deshalb nicht umziehen. Es hat natürlich Kommentare wie „die armen Kinder“ gegeben oder Ähnliches. Aber jeder, der Kinder hat und berufstätig ist, muss ständig organisieren und das schaffen wir gut. Vielleicht schon zu gut, denn am Ende der Weihnachtsferien als ich vom Zimmer aufräumen und Schulvorbereitungen gesprochen habe, haben mich meine Kinder gefragt, wann ich wieder nach Brüssel fahre.

Bayern in Europa

Wie Kerstin musste ich mich als Neuer im Parlament eingewöhnen: Als ich ankam, war mein Büro eine Baustelle mit aus dem Boden ragenden Kabeln, die meine Vorgängerin zurück gelassen hatte. Das Büro in Regensburg war bis November nicht mit Fon und Fax ausgestattet, weil das Auflösen alter Büros mehr Zeit beansprucht hat als erwartet. Zu diesen Strukturproblemen kam die Umstellung hinzu: In die Ausschüsse Verkehr und Landwirtschaft musste ich mich rasch einarbeiten. Dafür ist hier generell weniger Zeit, als mir lieb ist und das gründliche Misstrauen gegenüber Lobbyisten, die hier Schlange stehen, musste ich erst mal überwinden. Es kommt auf die Vielfalt der Meinungen an - und am Ende auf mein persönliches, sozialdemokratisches Verständnis. So brauchen zum Beispiel die Milchbauern Antworten, wie sie mit den sinkenden Preisen zurechtkommen sollen. Dabei ist es nicht leicht, die Anliegen von Bauernverband und Bund Deutscher Milchbauern unter einen Hut zu bekommen.



Mit Deutsch kommt man hier in Brüssel weit, aber es reicht nicht aus. Ich habe gelernt, auf Englisch drauf los zu reden und akzeptiere mittlerweile, dass das Händeschütteln auf Abendempfangen zum Kontaktknüpfen und Mehrheiten schmieden dazu gehört.

So viel zu den Anfangsproblemen des ersten halben Jahres, das wie im Flug verging - nicht nur, weil ich wirklich häufig im Flieger sitze. Immer montags geht es nach Brüssel, am Donnerstag wieder zurück, freitags bin ich in Regensburg und Samstag und Sonntag auf Terminen.

Bayern ist in Europa gut vertreten, das freut mich: Wir drei sozialdemokratischen Abgeordneten halten die rote Fahne hoch, von der CSU sind ebenfalls drei Abgeordnete in Brüssel, von der FDP eine Parlamentarierin. Manchmal überschneiden sich unsere Positionen, da halten wir zusammen. Manchmal - wie beim Swift-Abkommen - vertreten wir unterschiedliche Positionen. Mit den Kollegen der anderen Fraktionen haben wir drei Sozis auch die Gemeinsamkeit, dass wir Europa vermitteln möchten und das auch konsequent tun. Nicht ganz so konsequent ist leider die bayerische Regierung. Als Ministerpräsident Seehofer zum Neujahrsempfang in der bayerischen Vertretung zu Gast war, hat er seine Europafreundlichkeit betont. Und wenn er in Bayern spricht, betont er die Eigenständigkeit Bayerns. Diese Doppelzüngigkeit ist uns ja bekannt, aber sie ist erfolgreich. Zumindest war sie es bisher.

Die bayerische Vertretung ist vom Parlament nur hundert Meter entfernt, in der Vertretung arbeiten gute Leute mit Fachwissen, die achtgeben, dass wir hier nur regeln, was Bayern oder Deutschland



nicht genauso gut können. Ich freue mich, dass zum 1. April eine FDPlerin die Leitung übernehmen wird, so wie es im Koalitionsvertrag steht. Ämter abgeben zu müssen, noch dazu an eine Frau, ist für die Schwarzen ungewohnt, aber heilsam.

Eine ähnliche Erfahrung macht gerade der Ministerrat durch mit uns Parlamentariern: Unsere Position wurde durch den Vertrag von Lissabon, der seit 1. Januar gilt, wesentlich gestärkt. Wir können Gesetzesinitiativen starten. Unsere Stimme wiegt in wichtigen Politikbereichen wie beispielsweise Inneres und Agrarwirtschaft genauso viel wie die des Rates. Und bei der Anhörung der Kommissare wurde eine Kandidatin komplett heraus gekickt. Andere, beispielsweise der Kommissar Siim Kallas, hat gemerkt, dass sie uns mit allgemeinen Phrasen nicht auf ihre Seite bekommen. Das heißt, über die Köpfe des Parlamentes hinweg können weder Kommission noch Rat mehr allein entscheiden.

Mir ist bewusst, dass viele der Themen hier für viele in Bayern abgehoben klingen. Aber es muss nicht jeder Europaspezialist sein, um die Vorteile der EU schätzen zu können: Uns geht es hier darum, grenzüberschreitende Fragen grenzübergreifend zu beantworten. Beispielsweise war es gut, dass der Euro vor der Wirtschaftskrise eingeführt wurde. Die Krise hätte sonst alle Währungen einzeln durchgebeutelt. Griechenland, dessen Zahlentrickserei im Sinne einer starken Gemeinschaft ein Ende haben muss, wurden strenge Regeln aufs Auge gedrückt, damit sich ihr Haushalt wieder erholt. Ohne eine gemeinsame Währungspolitik wäre das nicht möglich.

Wie im Wahlkampf angekündigt, mache ich mich für die Region zwischen Nürnberg und Prag stark: Die "Goldene Straße" wird eine Marke werden, die auf nachhaltigen Tourismus und gesunde regionale Wirtschaftskreisläufe setzt. Als Unterstützer habe ich Dr. Ulrich Maly und den ehemaligen Kommissar für Arbeit und Soziales, Dr. Vladimír Špidla, gewonnen. Wer speziell über dieses Projekt und meine Veranstaltungsreihe "Daheim in Europa" informiert werden möchte, kann auf www.ertug.eu meinen Newsletter abonnieren.



Terrorismusbekämpfung muss mit Datenschutz vereinbar sein!

Nach wochenlangen Debatten im Innenausschuss, hat das Europäische Parlament am 11. Februar 2010 das vorläufige SWIFT-Abkommen deutlich mit 378 zu 196 Stimmen abgelehnt. Dieses Abkommen,

welches am 30. November 2009 vom Europäischen Rat beschlossen worden war, sieht vor, dass die US-Behörden im Zuge der Terrorismusbekämpfung Zugriff auf innereuropäische Finanztransaktionsdaten bekommen. Wir europäischen Sozialdemokraten haben uns mit großer Mehrheit gegen das Abkommen ausgesprochen.

Die Gründe für unser Nein

Wir sind überzeugt, dass Bürgerrechte nicht gegen die Terrorismusbekämpfung ausgespielt werden dürfen. Im Falle des SWIFT-Abkommens sind schwerwiegende inhaltliche Mängel zu beklagen: Auch wenn das Abkommen einen Datenaustausch bei einzelnen Verdachtsfällen vorsieht, sind aufgrund technischer Gegebenheiten beim Finanzdienstleister SWIFT nur Massendaten lieferbar. Dies ist unnötig und widerspricht dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit in jeder Hinsicht. Weiterhin kritisieren wir, dass der Verwendungszweck für die von der EU gelieferten Daten nicht genau begrenzt ist. Die Weitergabe der Daten durch die US-Terrorfahnder an weitere Behörden oder sogar Drittstaaten ist nicht ausgeschlossen. Besorgniserregend ist zudem, dass das Abkommen nicht den EU-Mindeststandards für den Datenschutz entspricht. So ist nicht vorgesehen, dass Bürger Zugang zu ihren eigenen Daten haben und Betroffene bei Datenmissbrauch keine Rechtsmittel einlegen können. Weiterhin sind die Speicherzeiten nicht geklärt. Nach US-Gesetzgebung können die Daten bis zu 90 Jahre aufbewahrt werden, in der EU sind maximal 36 Monate vorgesehen. Mit der Ablehnung des Abkommens konnten wir die massenweise Übertragung von europäischen Finanztransaktionsdaten an die USA, mit sofortiger Wirkung aussetzen. In der Zwischenzeit können die USA jedoch im Rahmen des Rechtshilfeabkommens mit der EU weiterhin Daten von einzelnen Terrorverdächtigen erhalten.



Erweiterungsprozess - weitere Reformen sind nötig!

Am 10. Februar 2010 hat das Europäische Parlament über die Fortschrittsberichte zu Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und der Türkei abgestimmt. Alle drei Länder haben den Status eines offiziellen Beitrittskandidaten. Mit Kroatien und der Türkei wurden die

Beitrittsverhandlungen bereits eröffnet. Die Europäische Kommission stellt jährlich Berichte über die Fortschritte der Beitrittskandidaten vor. Das Europäische Parlament prüft diese und verfasst dazu jeweils eine eigene Resolution.

Kroatien

Unsere Resolution zum Fortschrittsbericht 2009 zu Kroatien haben wir mit 582 Stimmen, bei 24 Gegenstimmen und 37 Enthaltungen angenommen. Ein erfolgreicher Beitritt Kroatiens kann nach unserer Auffassung positive Impulse auf weitere Länder des westlichen Balkans geben. Die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft ist ein starker Anreiz für politische und wirtschaftliche Reformen und die Stärkung von Frieden und Stabilität in dieser Region. Kroatien, das bereits am 18. Juni 2004 offizieller Beitrittskandidat wurde, hat trotz eines neunmonatigen Stillstands der Beitrittsverhandlungen und der Weltwirtschaftskrise in nahezu allen Bereichen kontinuierliche Fortschritte erzielt. Besonders positiv sind die legislativen und institutionellen Änderungen, die vorgenommen wurden, um die organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Kroatien konnte zudem die Verfolgung von Kriegsverbrechern weiter verbessern, so dass im Laufe des Jahres 2009 gegen mehrere Kroaten entsprechende Gerichtsverfahren eingeleitet wurden. Der Prozess der Wiederaussöhnung zwischen ethnischen Kroaten und ethnischen Serben geht erfolgreich voran. Die Minderheitenrechte im Bereich der Bildung wurden verbessert und es wurden Fortschritte bei der integrativen Bildung von Roma erzielt. Sehr erfreulich ist zudem, dass der Grenzstreit zwischen Slowenien und Kroatien beigelegt werden konnte. Wir sind überzeugt, dass die Verhandlungen mit Kroatien 2010 abgeschlossen werden können, unter der Bedingung, dass die Reformen in den Bereichen der öffentlichen Verwaltung und des Justizwesens intensiviert werden, Korruption und organisierte Kriminalität weiter verstärkt bekämpft und Minderheitenrechte stärker gefördert werden.

FYROM

Die Resolution zum Fortschrittsbericht 2009 zu der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (FYROM) haben wir mit 548 Stimmen, bei 45 Gegenstimmen und 35 Enthaltungen angenommen und uns mehrheitlich dafür ausgesprochen, die Verhandlungen in naher Zukunft zu beginnen. Die FYROM ist seit 2005 Beitrittskandidat, jedoch wurden die Beitrittsverhandlungen bisher noch nicht geöffnet. Auch in der FYROM konnten Fortschritte erzielt werden, so insbesondere bei der Reform der öffentlichen Verwaltung und der Polizei. Wir fordern den Rat auf, auf dem Gipfeltreffen im März die Empfehlung der Kommission zur Aufnahme der Verhandlungen zu bestätigen. Unserer Ansicht nach wäre dies ein wichtiges Zeichen für das Land, das damit ermutigt werden kann, Reformen in allen Bereichen konsequent durchzuführen und damit ebenfalls dazu beizutragen, dass sich der westliche Balkan positiv zu einer sicheren und stabilen Region entwickelt.



Türkei

In 2005 haben die offiziellen Beitrittsverhandlungen mit der Türkei begonnen. Das Europäische Parlament hat nun seine Resolution zum Fortschrittsbericht 2009 zur Türkei verabschiedet. Als positiv bewerten wir, dass private und öffentlich rechtliche Sender uneingeschränkt in kurdischer

Sprache senden können. Zudem begrüßen wir, dass die türkische Regierung in einen Dialog mit Vertretern der Religionsgemeinschaften eingetreten ist. Weiterhin hat die Türkei große diplomatische Anstrengungen zur Normalisierung der Beziehungen zu Armenien unternommen und die Beziehungen zum Irak und zur kurdischen Regionalregierung stetig verbessert. Die Türkei betreibt

eine aktive Außenpolitik und bemüht sich intensiv, zu Lösungen in verschiedenen Krisenregionen beizutragen. Wir begrüßen, dass die Türkei die zwischenstaatliche Vereinbarung über den Bau der Erdgaspipeline Nabucco unterzeichnet hat, deren Umsetzung weiterhin zu den obersten EU-Prioritäten für die Energiesicherheit gehört. Daher plädieren wir für die Öffnung des Energiekapitals in den Beitrittsverhandlungen.

Die türkische Regierung muss jedoch auch in Zukunft große Anstrengungen unternehmen, um die Kopenhagener Kriterien vollständig zu erfüllen. Dies insbesondere im Bereich der Religions-, Meinungs- und Glaubensfreiheit, in der Gleichstellungspolitik und Korruptionsbekämpfung. Wir bedauern die Entscheidung des Verfassungsgerichts, die kurdische Partei der Demokratischen Gesellschaft (DTP) zu verbieten und einigen ihrer demokratisch gewählten Vertreter die politische Betätigung zu untersagen sowie darüber hinaus Mitglieder der DTP festzunehmen. In der Zypernfrage haben wir europäischen Sozialdemokraten dafür plädiert, ein geeignetes Verhandlungsklima zu schaffen, indem die Türkei mit dem schrittweisen Rückzug ihrer Truppen aus dem nördlichen Teil Zyperns beginnt. Mit diesem Antrag konnten wir uns nicht durchsetzen. Die Mehrheit fordert den sofortigen Rückzug. Weiterhin erinnern wir die Türkei an ihre Zusagen, die laufenden Verhandlungen aktiv mit allen Beteiligten zu unterstützen und fordern die Regierung auf, das Ankara-Protokoll* endlich umzusetzen. Anderenfalls könnten die Beitrittsverhandlungen ernsthaft beeinträchtigt werden. Selbstverständlich hat die EU auch ihrerseits Zusagen einzuhalten und die Aufhebung der Isolation des Nordteils Zyperns intensiv voranzutreiben.

*Das Ankara-Protokoll ist das Zusatzprotokoll zum 1963 zwischen der Türkei und der damaligen EWG in Ankara vereinbarten sogenannten Ankara-Abkommen. Das Protokoll regelt die Ausdehnung der seit 1996 bestehenden Zollunion der EU mit der Türkei auf die zehn neuen Mitgliedsstaaten, die der EU 2004 beigetreten sind, darunter auch auf die bisher von der Türkei nicht anerkannte Republik Zypern.



Wahl der neuen EU-Kommission

Am letzten Dienstag hat das Parlament über die neue EU-Kommission abgestimmt. Mit 488 Stimmen (bei 137 Gegenstimmen und 72 Enthaltungen) wurde die Kommission ins Amt gewählt. Auch wenn wir als Sozialdemokraten nicht begeistert von José Barroso sind, ist das Team, das er zusammengestellt hat, für uns akzeptabel. Besonders erfreulich ist, dass drei der sieben Vize-Präsidenten aus unseren Reihen kommen - darunter die europäische "Außenministerin" Cathy Ashton.

Auch inhaltlich konnten wir einige zentrale Forderungen durchsetzen. So muss die Kommission künftig zu allen Gesetzesvorschlägen eine soziale Folgenabschätzung durchführen.

Das heißt: Jede Maßnahme, die die Kommission plant, wird auf ihre Auswirkungen auf die Sozialsysteme der Länder geprüft. Europa muss ein noch sozialeres Europa werden, sonst wird es scheitern.

Es gibt aber auch einige Kritikpunkte, vor allem die Ressortaufteilung der neuen Kommission ist unbefriedigend. Barroso hat leider nicht die Chance genutzt, seine Mannschaft mit klaren Kompetenzen zu stärken. Stattdessen entschied er sich für engbegrenzte Handlungsfelder und Überschneidungen, so dass Zuständigkeitskonflikte schon jetzt vorprogrammiert sind. Damit will er seine Kommissare an der kurzen Leine halten - um am Ende selbst entscheiden zu können. Umso wichtiger ist es, dass wir Sozialdemokraten weiterhin wachsam sind, um die Interessen der ArbeitnehmerInnen und VerbraucherInnen in Europa zu schützen.

Das Wichtigste ist, dass die Arbeit jetzt richtig losgehen kann. Wir als sozialdemokratische Abgeordnete sind bereit, wir haben klare Vorstellungen für ein starkes, soziales Europa, und wir erwarten gespannt die ersten Initiativen der neuen Kommission.

Mehr Macht für das Europäische Parlament

Neben der Wahl der Kommission hat das Europäische Parlament auch eine sogenannte "interinstitutionelle Vereinbarung" auf den Weg gebracht, die den Abgeordneten deutlich mehr Rechte verschafft. Die "soziale Folgenabschätzung" (siehe oben) ist ein toller Erfolg der Sozialdemokraten, aber wir haben noch mehr durchgesetzt:

- Künftig hat das Europäische Parlament de facto ein Initiativrecht, das heißt es kann von sich aus Gesetzgebung in Gang setzen. Die Kommission muss innerhalb von drei Monaten darauf reagieren und im Regelfall binnen eines Jahres einen Gesetzentwurf vorlegen. Dies ist ein Quantensprung für die Vertretung der Bürgerinnen und Bürger Europas!



- Die Kommission wird das Parlament an allen internationalen Verhandlungen beteiligen. Das bedeutet in der Praxis zum Beispiel, dass ein Abgeordneter des Parlaments Teil der EU-Verhandlungsdelegationen werden soll
- Auch bei der Zusammensetzung der Kommission bekommen wir mehr Macht. Wenn das Parlament den Rücktritt eines Kommissars fordert, hat Präsident Barroso versprochen, diese Forderung "ernsthaft zu erwägen"
- Wenn die Kommission das sogenannte "soft law" anwenden will (also auf Pläne für ein neues Gesetz verzichtet, sofern die Betroffenen - zum Beispiel die Industrie - zusagen, sich den geplanten Regeln zu unterwerfen) muss sie in Zukunft das Parlament konsultieren

Zusammengefasst: Das Europäische Parlament ist stärker als je zuvor, und eine Politik ohne uns wird künftig nicht mehr möglich sein!



So erreicht ihr unsere Büros...

... in Brüssel:

Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP

European Parliament
Büro ASP 12G354 Büro Low T07027
Rue Wiertz 60 Allée du Printemps
B-1047 Brussels F-67070 Strasbourg
Telefon: +32 (0)228 47110; Fax: +32 (0)228 49110
E-Mail: wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu
Ansprechpartnerinnen:
Nadja Pohlmann und Maria D'Amico

Kerstin Westphal, MdEP

European Parliament
Büro ASP 12G351 Büro Low T07025
Rue Wiertz 60 Allée du Printemps
B-1047 Brussels F-67070 Strasbourg
Telefon: +32 (0)228 47534; Fax: +32 (0)228 49534
E-Mail: kerstin.westphal@europarl.europa.eu
Ansprechpartner:
Dr. Clemens zur Hausen und Philipp Krieg

Ismail Ertug, MdEP

European Parliament
Büro ASP 12G342 Büro Low T07023
Rue Wiertz 60 Allée du Printemps
B-1047 Brussels F-67070 Strasbourg
Telefon: +32 (0)228 45547; Fax: 32 (0)228 49547
E-Mail: ismail.ertug@europarl.europa.eu
AnsprechpartnerInnen:
Arzu Mouchtar, Maria von Stern und Fatih Aydogan

... und daheim:

Europabüro

Oberanger 38/I
80331 München
Telefon: (089) 21 02 43 61
Fax: (089) 21 02 43 61
Mail: info@kreissl-doerfler.de
Homepage: www.kreissl-doerfler.de
Ansprechpartnerin: Britta Besan
Bürozeiten: Mo-Do 9-17 Uhr, Fr 9-12 Uhr

Europabüro Schweinfurt

Kornmarkt 17
97421 Schweinfurt
Telefon: (09721) 715 716
Fax: (09721) 474 08 84
Mail: eder@kerstin-westphal.de
Homepage: www.kerstin-westphal.de
Ansprechpartnerin: Marietta Eder
Bürozeiten: Mo-Do 9-16 Uhr, Fr. 9-13 Uhr

Europabüro Oberpfalz

Richard-Wagner-Str. 4
93055 Regensburg
Telefon: (0941) 29 79 98 73
Fax: (0941) 29 79 98 75
Mail: thorsten.kaestl@ertug.eu
Ansprechpartner: Thorsten Kästl
Bürozeiten: Mo-Fr 9-17 Uhr

Europabüro Niederbayern

Nördlicher Stadtgraben 9
94469 Deggendorf
Telefon: (0991) 379 11 64
Fax: (0991) 379 111 63
Mail: katja.reitmaier@ertug.eu
Ansprechpartnerin: Katja Reitmaier



Termine in Bayern

MdEP Wolfgang Kreissl-Dörfler

26.02.2010 13.30 – 16 Uhr Teilnahme am Jugendforum des Europäischen Parlaments in München unter dem Titel: „Prima Klima?“ Europäisches Jugendforum zur Energie- und Klimaschutzpolitik im Bayerischen Landtag.

26.02. 2010 18 Uhr Bericht aus dem EP im AK Europa und Internationale Politik der OberbayernSPD in München

11.03.2010 20 Uhr Gespräch mit Christian Ude und Mandatsträgern aller Parteien aus München

MdEP Kerstin Westphal

Freitag, 26.02.2010, 15.00 Uhr Schweinfurt: MdEP Kerstin Westphal nimmt an der Preisverleihung des 26. Regionalwettbewerbs Jugend forscht an der FH Würzburg-Schweinfurt teil

Samstag, 27.02.2010, 10.00 Uhr Würzburg: MdEP Kerstin Westphal nimmt an der Sitzung des Vorstands der UnterfrankenSPD teil Frankenwarte Würzburg

Freitag, 05.03.2010, 11.30 Uhr Schweinfurt: MdEP Kerstin Westphal besucht die Friedrich-Fischer-Schule in Schweinfurt, FOS spricht mit Schülerinnen und Schüler über Europa, und ihre Arbeit als Abgeordnete

Samstag, 06.03.2010, 09.00 Uhr Schweinfurt: MdEP Kerstin Westphal nimmt am Frauenfrühstück der AsF Schweinfurt und der ver.di Frauen im Vorfeld des Internationalen Frauentages teil Mehrgenerationenhaus Schweinfurt



Terminhinweis:

starkes Europa – starke Kommunen

Regionalpolitik als Schlüssel für ein soziales Europa

Veranstaltung mit dem Vorsitzenden der S&D Fraktion im Europäischen Parlament **MdEP Martin Schulz** und **MdEP Kerstin Westphal** am **Donnerstag, 11. März 2010 um 18.00 Uhr** im **Naturfreundehaus Schweinfurt**, Friedrich-Ebert-Str. 1 – 97421 Schweinfurt

MdEP Ismail Ertug

Samstag, 20.02.2010: Treffen mit Michael Adam in Bodenmais, Bezirksvorstandssitzung in Plattling, **9.30 Uhr**; Gespräch mit Lallings Bürgermeister Josef Streicher, 13h; Jahreshauptversammlung der Jusos des Kreisverbands Freyung-Grafenau mit Rita Hag, **14.00 Uhr**; Gespräch mit Saldenburgs Bürgermeister Max König, **16.00 Uhr**.

Freitag, 26. 02.2010, 18.00 h: Gewerkschaftertreffen in Regensburg, **13.00 bis 16.00 Uhr**; Bezirksvorstandssitzung der SPD Oberpfalz in Schwandorf.

Sonntag, 27. 02.2010, 15.00 Uhr: Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Weiden Ost.

Samstag, 06. 03.2010, 18.00 Uhr: Starkbierfest der SPD Hengersberg

Freitag, 12.03.2010, 18.00 Uhr: Verleihung des Kulturpreises in Sulbach-Rosenberg